

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	129
		TOP:	10
Verhandlung		Drucksache:	173/2022
		GZ:	T
Sitzungstermin:	03.05.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Holzer (HochbA)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	Riedseeschule Stuttgart-Möhringen - Neubau mit Mensa und Schulräumen - Baubeschluss		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Technischen Referats vom 29.04.2022, GR Drs 173/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Neubau mit Mensa und Schulräumen an der Riedseeschule in Stuttgart-Möhringen nach Plänen (Anlage 2) des Architekturbüros:

Günter Hermann Architekten
Sophienstr. 17
70177 Stuttgart

vom 28.02.2022

und dem vom Hochbauamt geprüften
Kostenanschlag

vom 11.03.2022

mit Brutto-Gesamtkosten

von 13,899 Mio. EUR

wird zugestimmt.

2. Die Gesamtkosten für den Neubau in Höhe von 13,899 Mio. EUR inkl. Ausstattung und Außenanlagen sind unter "Finanzielle Auswirkungen" im Detail dargestellt gedeckt:

Teilhaushalt 400-Schulverwaltungsamt, Projekt 7.401178 - Riedseeschule, Umstrukturierung Ganztagesesschule (Erweiterung)

Auszahlungsgruppe 7871 - Hochbaumaßnahmen 13.459.000 EUR

darin enthalten sind Aufwendungen für interne Leistungen

in Höhe von 510.000 EUR

(diese werden im Vollzug ergebniswirksam auf Kontengruppe 481 verbucht)

Auszahlungsgruppe 78302

Erwerb von beweglichem Anlagenvermögen 440.000 EUR

Die Finanzierung der Mehrkosten im Hinblick auf das Aktionsprogramm "Weltklima in Not" in Höhe von 90.000 EUR erfolgt im Haushaltsjahr 2023 durch Mittelumsetzung aus der veranschlagten Pauschale im Teilfinanzhaushalt 900 - Allgemeine Finanzwirtschaft, Projekt Nr. 7.202965, Pauschale für klimaneutrales Bauen Ausz.Gr. 7871, Hochbaumaßnahmen im Rahmen der Deckungsfähigkeit.

Die Deckung der Mehrkosten in Höhe von 2.709.000 EUR erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit durch Mittelumsetzung von Projekt 7.401909 - Formelle Ganztageschulen 4. Ausbaustufe.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Schiener (90/GRÜNE) thematisiert den Gaskessel im Bestandsgebäude, der zukünftig auf regenerative Energien umgestellt werden sollte. Sie möchte wissen, wann damit gerechnet werden könne.

Herr Holzer (HochbA) erläutert den 1. Bauabschnitt mit dem Neubau (GRDrs 173/2022), dem noch weitere folgten (2. Bauabschnitt: denkmalgeschütztes Hortgebäude, 3. Bauabschnitt: großer Altbau). Derzeit versorge das Hauptgebäude den gesamten Schulstandort mit Nahwärme. Bei Erneuerung der Heizanlage werde es eine Mischlösung aus einer Sole-Wasser-Wärmepumpe (1/3 Energieanteil) und einer Holzpellet-Heizung (2/3 Energieanteil) geben. Es sei nicht zielführend, eine energetische Lösung über drei Einzelprojekte zu suchen. Er weist darauf hin, dass man bei denkmalgeschützten Altbauten mit dem Niedrig-Energie-Niveau der Wärmepumpen Probleme bekomme, weswegen die Entscheidung auf die Holzpellet-Heizung gefallen sei. In der DIN sei es leider so, dass der Primärenergiefaktor von Holzpellets nicht null sei. Dies hänge mit den Transportwegen zusammen, die ebenfalls nicht null seien. Deswegen führe eine reine Holzheizung nicht zum Label der absoluten Klimaneutralität.

StR Schrade (FW) thematisiert die Baupreissteigerungen (GRDrs 173/2022, S. 6). Er zeigt sich verwundert darüber, dass die jährliche Baupreissteigerung mit lediglich 2,5 % angegeben werde. Dies müsse angesichts der dramatisch gestiegenen Baukosten der vergangenen Monate dringend angepasst werden.

Der schrittweisen Umstellung im Rahmen der Sanierung kann StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) zustimmen. Des Weiteren hält er eine Prüfung von PV-Anlagen auch auf Bestandsgebäuden für wichtig. Außerdem möchte er wissen, ob das Energiesystem für eine Quartierslösung vorgerüstet werde und die Anlieger mit dem Baufortschritt "hineinwachsen" können. Öffentliche Gebäude müssten "Anker" für Nahwärmenetze werden.

An StR Rockenbauch gerichtet erklärt Herr Holzer, es gebe verschiedene Kategorien von Wärmenetzen. So gebe es zum einen die Schiene der Fernwärme der EnBW mit der Perspektive Wasserstoff usw. Außerdem gebe es verschiedene städtische Liegenschaften, die im Verbund angestrebt würden; darin seien Private noch nicht enthalten. Ein solches städtisches Wärmenetz sei für die Schulen vorgesehen. Als dritte Kategorie könne ein großes städtisches Netz für private Anbieter geöffnet werden; darunter falle beispielsweise der Campus Feuerbach. Bei der Riedseeschule hingegen handle es sich um eine schuleigene Lösung, denn im Keller des Altbaus könne keine beliebig große Wärmezentrale eingerichtet werden. Zur Photovoltaik erklärt der Hochbauamtsleiter, im Prinzip sei dies der einfachste Weg, um den Primärenergiefaktor null in ausreichender Größe zu erhalten. Dies werde so weit wie möglich umgesetzt, es gebe allerdings gewisse Grenzen durch den Denkmalschutz. Dieser Punkt sei in Baden-Württemberg noch nicht grundsätzlich entschieden. Der Neubau der Riedseeschule erhalte daher eine maximal große PV-Anlage. Bei der Sanierung der Altbauten müsse erneut geprüft werden. Grundsätzlich stellten PV-Anlagen für alle Projekte die beste Option dar. Bezüglich der Baupreissteigerungen kann er bestätigen, dass die massiven Steigerungen zu einer strukturellen Unterfinanzierung aller Projekte führten. Es gebe bereits Gespräche zwischen den Referaten T und WFB über eine Anpassung, die aber noch nicht abgeschlossen seien, weshalb er nach wie vor die derzeit gültigen 2,5 % aufnehmen müsse. Den aktuellen kurzfristigen Peak als Regelbetrag pro Jahr einzusetzen, sei keine Lösung. Er plädiere daher für ein Fünf-Jahres-Mittel von 4,9 % oder ein Drei-Jahres-Mittel von 5,4 %. Vorstellbar sei, vor den kommenden Haushaltsanmeldungen alle anzumeldenden Projekte mit einer aktualisierten Prognosezahl zu verbinden. Es sei nicht hilfreich, permanent alle Bauprojekte neu zu berechnen. Mit Sorge blickt Herr Holzer auf die Schwierigkeit, aktuell ein Angebot für eine Umsetzung in drei Jahren zu erhalten. Diese Störung der wirtschaftlichen Verhältnisse werde zu einer anteiligen Risikotragung und einer unglaublichen Problematisierung des Bauens führen. Er gehe von einem weiteren "Aufschlag" von Referat WFB aus, um zu einer guten Lösung zu kommen.

BM Thürnau stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
 3. *BezA Möhringen*
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand